

24.10.2005

Wirtschaftsvereinigung Stahl
im Stahl-Zentrum



Düsseldorf, 20. Oktober 2005
Telefon: 0211 / 6707-879
Telefax: 0211 / 6707-878
eMail: carl-th.vonlieres@wvstahl.de

Europäische Kommission
GD Wettbewerb
Geschäftsstelle Staatliche Beihilfen
SPA 3, Büro 6/5
B-1049 Brüssel

24.10.05 -A/38657

TK
7F/ BT/ I1/E

Konsultationspapier „Aktionsplan Staatliche Beihilfen“
Zur Stellungnahme des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V.

HT 326

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter dem 15. September 2005 hat der Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI) für die deutsche Industrie eine Stellungnahme zu dem Konsultationspapier „Aktionsplan Staatliche Beihilfen“ der Europäischen Kommission abgegeben.

Als Mitglied des BDI tragen wir diese Stellungnahme mit. Wir möchten aber klarstellen, daß die darin enthaltene Forderung, „die gegenwärtig bestehenden diskriminierenden Vorgaben zu Lasten einzelner Industriebereiche [des multisektoralen Regionalbeihilferahmens für große Investitionsvorhaben] sollten gestrichen werden“ (s. Seite 7, letzter Absatz der Stellungnahme) nicht für die Stahlindustrie gilt.

Im Gegenteil legt die deutsche Stahlindustrie allergrößten Wert darauf, daß das im multisektoralen Regionalbeihilferahmen verankerte Beihilfeverbot für Investitionsvorhaben in der Stahlindustrie (Randnummer 27) ebenso wie das Verbot von Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen zugunsten von Unternehmen in Schwierigkeiten (Mitteilung im Amtsblatt C 70 vom 19. 3. 2002, S. 21 ff) bestehen bleibt. Diese Verbote sind bekanntlich auf ausdrücklichen Wunsch der gesamten europäischen Stahlindustrie nach dem Ende des EGKS-Vertrages festgelegt worden.

Mit freundlichen Grüßen
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG STAHL

Schäfer

von Lieres